



28 MARS 1990

642

Nukleares Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion

Aufgrund des Antrages des EDA vom 13. März 1990

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das "Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie" sowie zwei dazugehörige Briefwechsel werden genehmigt.
2. Herr Adolf Ogi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, oder Herr René Felber, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, werden beauftragt, das Abkommen und die Briefwechsel zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht für die Unterzeichnung auszustellen.
4. Das EDA wird beauftragt, nach der Unterzeichnung die aufgrund von Artikel X.1 des Abkommens für die Inkraftsetzung nötige Notifizierung vorzunehmen.
5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem EDA das Abkommen (ohne Briefwechsel) nach seiner Inkraftsetzung in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Für getreuen Auszug;  
 der Protokollführer:

Veröffentlichung:  
 Amtliche Sammlung

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	8	—
	X	EDI	3	—
	X	EJPD	3	—
		EMD		
		EFD		
	X	EVD	5	—
	X	EVED	5	—
	X	BK	5	—
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 13. März 1990

An den Bundesrat

NUKLEARES KOOPERATIONSABKOMMEN MIT DER SOWJETUNION

1. Ausgangslage

Seit einiger Zeit sind sowjetische Aussenhandelsorganisationen grundsätzlich bereit, auch westlichen Staaten Dienstleistungen auf dem Gebiet des nuklearen Brennstoffkreislaufes anzubieten. Früher war dies nur für sozialistische Staaten und Finnland der Fall, weil dort Kernkraftwerke sowjetischen Ursprungs stehen.

Auf Seiten der Betreiber der schweizerischen Kernkraftwerke besteht schon heute ein Interesse daran, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Gedacht wird insbesondere an die Anreicherung von Uran in der Sowjetunion. Sie würde es erlauben, die Energieversorgung des Schweiz weiter zu diversifizieren und u.a. Ersatz zu schaffen für die Dienstleistungen der USA, auf welche praktisch alle Schweizer Elektrizitätsgesellschaften in Zukunft angesichts der unberechenbaren Bewilligungspraxis der amerikanischen Regierung verzichten wollen.

Da die Schweiz aufgrund der von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen (insbesondere Atomsperrvertrag und Londoner Richtlinien der nuklearen Hauptlieferländer) und der von ihr konsequent verfolgten Politik Kernmaterial nur gegen entsprechende vom Empfänger abzugebende Nonproliferationsgarantien weitergibt, drängte es sich auf, die völkerrechtlichen Bedingungen für den Austausch von Kernmaterial in einem bilateralen Abkommen mit der Sowjetunion generell zu regeln.

Auf Grund der dem EDA bereits mit BRB vom 3.12.84 erteilten Ermächtigung zur Delegationsbestellung und zu Verhandlungen mit der UdSSR, und unter Berücksichtigung der in den Anträgen des EDA an den Bundesrat vom 26.5.83 und 23.10.84 enthaltenen Instruktionen, fanden im Oktober 1989 in Bern und im Februar 1990 in Moskau Verhandlungen statt, die zu einer Einigung über den beiliegenden Vertragstext und über zwei Briefwechsel führten.

Vergleichbare Abkommen hat die Sowjetunion erst mit zwei anderen nichtsozialistischen Staaten und in allerjüngster Zeit abge-



geschlossen: mit Kanada (beschränktes Abkommen vom Oktober 1988, inzwischen ersetzt durch ein umfassendes Abkommen vom November 1989) und mit Australien (unterzeichnet am 15.2.1990).

## 2. Die einzelnen Bestimmungen des Abkommens

In der Präambel drücken die Parteien ihren Willen zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie aus und rufen die verschiedenen internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiet der nuklearen Nonproliferation in Erinnerung, denen sie angehören.

Artikel 1 definiert die später wiederverwendeten Begriffe "zuständige Behörde", "nichtnukleares Material", "Kernmaterial" und "Empfehlungen der Agentur".

Artikel 2 legt den Geltungsbereich des Abkommens fest. Er beschränkt sich auf Material, erfasst also weder die Weitergabe von Ausrüstungen noch von Technologie. Die zwischen den zuständigen Behörden der beiden Parteien auszutauschenden Informationen sind in einer besonderen Verwaltungsvereinbarung beschrieben, die zwischen dem Bundesamt für Energiewirtschaft und dem Ministerium für Atomenergie und -Industrie der UdSSR bereits ausgehandelt wurde.

Artikel 3 enthält das Verbot der Verwendung des gelieferten Materials für explosive oder militärische Zwecke.

Artikel 4 verpflichtet die Parteien, das Material vor Entwendung zu sichern.

Artikel 5 regelt die von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) auszuübende Kontrolle der friedlichen Verwendung des Kernmaterials. Im Unterschied zur Schweiz ist die Sowjetunion als Kernwaffenstaat aufgrund des Atomsperrvertrages grundsätzlich nicht verpflichtet, sich solchen Kontrollen zu unterziehen. Sie hat indessen 1985 freiwillig mit der IAEA ein Abkommen abgeschlossen, mit dem sie gewisse Nuklearanlagen internationalen Kontrollen unterstellt. Sollte Kernmaterial aus der Schweiz in eine sowjetische Anlage gebracht werden, die zur Zeit noch nicht von der IAEA kontrolliert werden darf, so verpflichtet sich die UdSSR in Absatz 3, mit der Schweiz unverzüglich ein Abkommen über Kontrollen abzuschliessen, die denjenigen der IAEA ebenbürtig sind. Dasselbe gilt (für beide Parteien) für den Fall, dass - aus irgendeinem Grund - die IAEA-Kontrollen nicht mehr durchgeführt werden. - Eine Ausnahmeregelung wird im ersten der nachstehend beschriebenen Briefwechsel getroffen.

Artikel 6 unterstellt die Wiederausfuhr von Kernmaterial in einen Drittstaat der vorherigen Zustimmung des ursprünglichen Lieferanten. Im zweiten Briefwechsel wird vereinbart, dass diese Zustimmung für eine bestimmte Reihe von Staaten schon jetzt grundsätzlich erteilt wird.

Artikel 7 legt fest, wie lange das vom Abkommen erfasste Material den Bestimmungen des Abkommens unterstellt bleibt.



Artikel 8 regelt das bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Abkommens einzuleitende Schiedsgerichtsverfahren.

Artikel 9 handelt von der Revision des Abkommens.

Artikel 10 bestimmt das Inkrafttreten und die Geltungsdauer des Abkommens. Gemäss Absatz 3 bleiben, wie in solchen Abkommen international üblich, die wesentlichen Bedingungen selbst dann auf das erfasste Material weiterhin anwendbar, wenn das Abkommen ausser Kraft treten sollte (sogenannte "dingliche Bindung").

### 3. Inhalt der beiden Briefwechsel

Der Briefwechsel zu Artikel V.3 wird auf sowjetisches Begehren abgeschlossen. Es liegt ihm die Ueberlegung zugrunde, dass die IAEA Natururan erst kontrolliert, wenn es sich länger als 12 Monate in einem bestimmten Staat befindet, und dass daher auf internationale Kontrollen verzichtet werden kann, falls die UdSSR das zur Anreicherung erhaltene Natururan schon innert Jahresfrist wieder exportiert.

Diese Abmachung bringt zwar theoretisch eine Durchlöcherung des von der Schweiz verfochtenen und in Artikel V weitgehend anerkannten Prinzips der Kontrolle allen Kernmaterials auch in Kernwaffenstaaten, doch hat sie in der Praxis kaum Auswirkungen. Die Bestimmung käme nämlich nur zur Anwendung, falls einmal Natururan physisch aus der Schweiz nach der Sowjetunion gebracht würde. Dies dürfte auch in Zukunft nicht der Fall sein, lassen doch die schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften das beim Produzenten gekaufte Natururan in der Regel direkt und ohne Umweg über die Schweiz in jenes Land transportieren, wo es angereichert wird.

Mit dem Briefwechsel zu Artikel VI.2 ist es der schweizerischen Seite gelungen, eines ihrer Hauptanliegen durchzusetzen. Die Sowjetunion gibt hier ihr Einverständnis zum Verschieben von Kernmaterial innerhalb jenes Kreises von Ländern, in denen die schweizerischen Kernkraftwerke heute oder allenfalls in Zukunft Dienstleistungen auf dem Gebiet des nuklearen Brennstoffkreislaufes beanspruchen.

### 4. Gesamtwürdigung

Das vorliegende Abkommen beschränkt sich auf eine Regelung des völkerrechtlichen Rahmens jener Bereiche schweizerisch-sowjetischer nuklearer Zusammenarbeit, die schon in naher Zukunft aktuell werden könnten. Es ist ein einfaches, übersichtliches Abkommen, dessen Nonproliferationsbestimmungen dem heute multilateral geltenden Niveau entsprechen.

Prinzipiell bemerkenswert ist, dass die Sowjetunion in diesem Abkommen sich grundsätzlich bereit erklärt, das von der Schweiz empfangene Kernmaterial internationalen Kontrollen der friedlichen Verwendung zu unterstellen, obwohl sie als Kernwaffenstaat aufgrund des Atomsperrvertrages dazu nicht verpflichtet ist. Auch die Aufnahme einer obligatorischen Schiedsgerichtsklausel wurde



von der Sowjetunion erst in allerjüngster Zeit in internationalen Abkommen akzeptiert und entspricht einem traditionellen schweizerischen Postulat.

Die generelle sowjetische Zustimmung zur Wiederausfuhr von Kernmaterial in die wichtigen nuklearen Partnerländer der Schweiz (und somit auch zur Wiederaufarbeitung von bestrahlten Brennelementen) wird es schweizerischen Kernkraftwerken, falls sie von den sowjetischen Dienstleistungen Gebrauch machen, erlauben, ihren Brennstoffkreislauf zuverlässig zu planen.

#### 5. Kompetenz des Bundesrates

Abkommen und Briefwechsel beschränken sich materiell auf die Regelung der "Wiederausfuhr, Sicherung, Kontrollmassnahmen und nichtmilitärischen Verwendung", jener Bereiche also, für die der Bundesrat nach Art. 37 Abs. 4 des Atomgesetzes (SR 732.0; Aenderung vom 9.10.86) in eigener Kompetenz völkerrechtliche Verträge abschliessen kann. Eine parlamentarische Genehmigung ist deshalb nicht nötig.

#### 6. Unterzeichnung

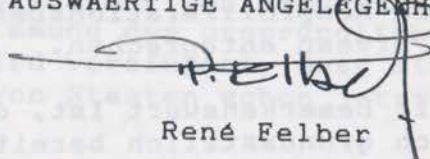
In der Regel werden derartige bilaterale nukleare Kooperationsabkommen entweder durch den Vorsteher des EDA oder durch den schweizerischen Botschafter im betreffenden Land unterzeichnet.

Angesichts der Tatsache, dass der Vorsteher des EVED sich demnächst zu einem offiziellen Besuch nach Moskau begeben wird und dort eine Begegnung mit dem für Kernenergie zuständigen Minister der UdSSR vorgesehen ist, sind die beiden Departementsvorsteher übereingekommen, dass - im Sinne einer Ausnahme - Herr Bundesrat Ogi bei dieser Gelegenheit das Abkommen und die Briefwechsel unterzeichnen soll.

#### 7. Antrag

Im Einverständnis mit den Bundesämtern für Justiz, Aussenwirtschaft und Energiewirtschaft sowie mit dem Schweizerischen Schulrat beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER  
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

  
René Felber

Beilagen:

- Entwurf zum Abkommen und zu zwei Briefwechseln (französisch)
- Entwurf des Beschlussdispositivs

Zum Mitbericht an:

- EDI
- EJPD zur Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion
- EVD
- EVED Grund des Antrages des EDA vom 13. März 1990

Protokollauszug an:

- BK
- EDA
- EDI beschlossen:
- EJPD
- EVD Das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der
- EVED Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die  
Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie  
sowie zwei dazugehörende Briefwechsel werden genehmigt.

2. Herr Adolf Ugi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, oder Herr René Felber, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, werden beauftragt, das Abkommen und die Briefwechsel zu unterzeichnen.

3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht für die Unterzeichnung auszustellen.

4. Das EDA wird beauftragt, nach der Unterzeichnung die aufgrund von Artikel 2.3 des Abkommens für die Inkraftsetzung nötige Notifizierung vorzunehmen.

5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, in Einklang mit dem EDA das Abkommen (ohne Briefwechsel) nach seiner Inkraftsetzung in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Für getrennen Auszug  
der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung



(Alternat. Suisse)

Nukleares Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion

Aufgrund des Antrages des EDA vom 13. März 1990

Aufgrund des Ergebnisses des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Das "Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie" sowie zwei dazugehörige Briefwechsel werden genehmigt.
2. Herr Adolf Ogi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, oder Herr René Felber, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, werden beauftragt, das Abkommen und die Briefwechsel zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die Vollmacht für die Unterzeichnung auszustellen.
4. Das EDA wird beauftragt, nach der Unterzeichnung die aufgrund von Artikel X.1 des Abkommens für die Inkraftsetzung nötige Notifizierung vorzunehmen.
5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem EDA das Abkommen (ohne Briefwechsel) nach seiner Inkraftsetzung in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Für getreuen Auszug;  
der Protokollführer:Veröffentlichung:  
Amtliche Sammlung

(Alternat suisse)

ACCORD  
ENTRE  
LE CONSEIL FEDERAL SUISSE  
ET

LE GOUVERNEMENT DE L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES  
POUR LA COOPERATION DANS L'UTILISATION PACIFIQUE DE L'ENERGIE NUCLEAIRE

\* \* \*

Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques;

désireux de promouvoir et d'élargir leur coopération dans l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire;

considérant que la Confédération suisse et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques sont parties au Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires du 1er juillet 1968, ci-après dénommé "le Traité";

considérant que la Confédération suisse, Etat non doté de l'arme nucléaire, a signé le 6 septembre 1978 avec l'Agence Internationale de l'Energie Atomique, ci-après dénommé "l'Agence", l'accord intitulé "Accord entre la Confédération suisse et l'Agence Internationale de l'Energie Atomique relatif à l'application de garanties dans le cadre du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires" (document INFCIRC/264 de l'Agence);

considérant que l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, Etat doté de l'arme nucléaire selon la définition du Traité, a signé le 21 février 1985 avec l'Agence l'accord intitulé "Accord entre l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques et l'Agence Internationale de l'Energie Atomique relatif à l'application de garanties en Union des Républiques Socialistes Soviétiques" (document INFCIRC/327 de l'Agence);



-2-

reconnaissant que la Confédération suisse et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques ont décidé que, s'agissant d'exportations de matières, d'équipements et de technologie nucléaire, elles agiraient en conformité avec les principes définis dans les "Directives relatives aux transferts d'articles nucléaires", publiées dans l'appendice au document INFCIRC/254 de l'Agence;

sont convenus de ce qui suit:

#### Article I: Définitions

Aux fins du présent Accord :

- a) "autorité compétente" signifie, dans le cas de la Confédération suisse, l'Office Fédéral de l'Energie et, dans le cas de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques, le Ministère de l'Energie et de l'Industrie Atomiques, ou tel autre organisme que la Partie concernée pourra notifier, le cas échéant, à l'autre Partie;
- b) "matières non-nucléaires" signifie ce qui suit:
  1. Deutérium et eau lourde:  
Deutérium et tout composé dans lequel le rapport deutérium/hydrogène dépasse 1:5000, en quantités dépassant 200 kg d'atomes de deutérium pendant une période de 12 mois.
  2. Graphite de pureté nucléaire:  
Graphite d'une pureté supérieure à 5 parties par million d'équivalent de bore et d'une densité de plus de 1,50 grammes par centimètres cube, fourni en quantités dépassant 30 tonnes métriques pendant une période de 12 mois.
- c) "matières nucléaires" signifie toute "matière brute" ou tout "produit fissile spécial" conformément à la définition de ces termes figurant à l'article XX du Statut de l'Agence. Toute décision du Conseil des gouverneurs de l'Agence, prise conformément à l'article XX du Statut de l'Agenc-

ce, qui modifierait la liste des matières considérées comme "matière brute" ou "produit fissile spécial", n'aura d'effet au terme du présent Accord que lorsque les deux Parties à l'Accord se seront informées mutuellement par écrit de leur acceptation d'une telle modification;

- d) "recommandations de l'Agence" en relation avec la protection physique signifie les recommandations contenues dans le document INFCIRC/225/Rev.2 intitulé "La Protection Physique des Matières Nucléaires" et dans ses révisions futures ou n'importe quel document ultérieur qui remplacerait INFCIRC/225/Rev.2. Toute modification future des recommandations pour la protection physique n'aura d'effet aux termes du présent Accord que lorsque les deux Parties à l'Accord se seront informées mutuellement par écrit de leur acceptation d'une telle modification.

## Article II: Champ d'application

1. Le présent Accord s'applique:

- a) aux matières nucléaires et aux matières non-nucléaires transférées entre la Confédération suisse et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques pour des utilisations pacifiques non-explosives, soit directement soit par l'intermédiaire d'un pays tiers;
- b) à toutes les formes de matières nucléaires obtenues au moyen de procédés chimiques ou physiques ou par séparation isotopique, à condition que la quantité de matière nucléaire ainsi obtenue ne soit considérée comme entrant dans le champ d'application du présent Accord que dans une proportion égale à celle existant entre la quantité de matière nucléaire utilisée dans sa préparation et qui est régie par le présent Accord, et la quantité totale de la matière nucléaire ainsi utilisée;
- c) à toutes les générations de matières nucléaires produites par irradiation de neutrons, à condition que la quantité de matière nucléaire ainsi produite ne soit considérée comme entrant dans le champ d'application du présent Accord que dans la proportion où la quantité de matière nucléaire soumise à l'Accord, et utilisée à cette production, contribue à cette



production;

2. Les éléments visés au paragraphe 1 du présent Article ne seront transférés dans le cadre du présent Accord qu'à une personne physique ou morale désignée par l'autorité compétente de la Partie destinataire comme étant dûment autorisée à recevoir ces éléments.
3. Les autorités compétentes des deux Parties conclueront des arrangements de notification et d'autres arrangements administratifs afin d'appliquer les dispositions du présent Article.

#### Article III: Utilisation pacifique

Les matières nucléaires et les matières non-nucléaires soumises au présent Accord ne doivent pas être utilisées pour le développement et la fabrication d'armes nucléaires ou d'autres dispositifs nucléaires explosifs, ni pour des buts militaires.

#### Article IV: Protection physique

Chaque Partie prendra les mesures nécessaires pour assurer une sécurité adéquate des matières nucléaires soumises à sa juridiction et appliquera, au minimum, des mesures de protection physique satisfaisant les exigences formulées dans les recommandations de l'Agence.

#### Article V: Garanties

1. En ce qui concerne les matières nucléaires, le respect des engagements pris à l'Article III du présent Accord devra être vérifié, conformément à l'accord de garantie entre chaque Partie et l'Agence.
2. En Confédération suisse, l'exigence mentionnée au paragraphe 1 du présent Article est satisfaite par l'Accord conclu le 6 septembre 1978 entre la Confédération suisse et l'Agence Internationale de l'Energie Atomique

relatif à l'application de garanties dans le cadre du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires.

En Union des Républiques Socialistes Soviétiques, l'exigence mentionnée au paragraphe 1 du présent Article est satisfaite si le matériel nucléaire soumis au présent Accord est soumis à l'Accord conclu le 21 février 1985 entre l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques et l'Agence Internationale de l'Energie Atomique relatif à l'application de garanties en Union des Républiques Socialistes Soviétiques.

3. Si pour une raison ou une autre ou à un moment donné, des matières nucléaires soumises au présent Accord ne sont pas, ou ne seront pas soumises à des garanties de l'Agence, mutuellement acceptables sur le territoire d'une Partie, cette Partie conclura immédiatement un accord avec l'autre Partie pour la mise sur pied d'un arrangement de garanties applicables à ces matières nucléaires, offrant des garanties équivalentes à celles prévues par l'accord de garanties applicable entre cette Partie et l'Agence à la date de la signature du présent Accord.

#### Article VI: Réexportations

1. Les matières nucléaires et les matières non-nucléaires soumises au présent Accord ne seront pas transférées hors de la juridiction d'une Partie sans le consentement préalable de l'autre Partie.
2. Les Parties pourront convenir d'un arrangement afin de faciliter l'application du paragraphe 1 du présent Article.

#### Article VII: Abrogation des dispositions concernant les matières nucléaires et non-nucléaires

1. Les matières nucléaires mentionnées à l'Article II du présent Accord resteront soumises aux dispositions du présent Accord jusqu'à ce que:
  - a) il soit établi qu'elles ne sont plus utilisables ou ne sont pratiquement plus récupérables pour être mises en une forme utilisable pour



toute activité nucléaire pertinente du point de vue des garanties; ou

b) elles aient été transférées hors de la juridiction de la Confédération suisse ou hors de la juridiction de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques conformément aux dispositions de l'Article VI du présent Accord; ou

c) les Parties en conviennent autrement.

2. Les matières non-nucléaires mentionnées à l'Article II du présent Accord resteront soumises aux dispositions du présent Accord jusqu'à ce que:

a) elles aient été transférées hors de la juridiction de la Confédération suisse ou hors de la juridiction de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques conformément aux dispositions de l'Article VI du présent Accord; ou

b) les Parties en conviennent autrement.

3. Dans le but d'établir à quel moment les matières nucléaires soumises au présent Accord ne sont plus utilisables ou ne sont pratiquement plus récupérables pour être mises en une forme utilisable pour toute activité nucléaire pertinente du point de vue des garanties mentionnées à l'Article V du présent Accord, les deux Parties accepteront la décision de l'Agence. Pour les besoins du présent Accord, cette décision sera prise par l'Agence conformément aux dispositions relatives à la levée des garanties figurant dans l'accord de garanties correspondant conclu entre la Partie intéressée et l'Agence.

#### Article VIII: Règlement des différends

1. Tout différend surgissant lors de l'interprétation ou de l'application du présent Accord sera réglé par la voie de la négociation que les Parties s'engagent à mener de bonne foi.

2. Si malgré tous leurs efforts les deux Parties n'arrivent pas à régler un tel différend par la voie de la négociation, celui-ci devra, à la demande de l'une ou de l'autre Partie, être soumis à un tribunal d'arbitrage qui sera constitué par trois arbitres désignés conformément aux dispositions du présent Article.
3. Chaque Partie désignera un arbitre qui peut être un de ses ressortissants, et les deux arbitres ainsi désignés en éliront un troisième, ressortissant d'un pays tiers, qui présidera le tribunal.

Si dans les soixante jours qui suivent la demande d'arbitrage, l'une des Parties n'a pas désigné d'arbitre, chacune des Parties au différend peut demander au Président de la Cour Internationale de Justice de nommer un arbitre.

La même procédure s'appliquera si, dans les soixante jours suivant la désignation ou nomination du second arbitre, le troisième arbitre n'a pas été élu.

4. Le quorum sera constitué par la majorité des membres du tribunal d'arbitrage. Toutes les décisions seront prises à la majorité des votes de tous les membres du tribunal d'arbitrage. La procédure d'arbitrage sera fixée par le tribunal d'arbitrage.
- Les décisions du tribunal auront force obligatoire pour les deux Parties et seront appliquées par elles.

#### Article IX: Modification de l'Accord

1. Le présent Accord peut être modifié à tout moment avec l'accord écrit des Parties.
2. Toute modification de ce genre entrera en vigueur selon les procédures prévues à l'Article X du présent Accord.



Article X: Entrée en vigueur et durée

1. Le présent Accord entrera en vigueur le jour qui suivra la réception de la dernière notification confirmant l'accomplissement des procédures légales internes nécessaires à son entrée en vigueur.
2. Le présent Accord a une durée de validité initiale de trente ans et sera prolongé automatiquement, chaque fois pour des périodes de cinq ans, à moins qu'une Partie informe l'autre, par notification écrite, de son intention d'y mettre fin six mois avant la prochaine échéance.
3. Nonobstant l'extinction du présent Accord, les obligations acceptées par les Parties conformément aux Articles II, III, IV, V, VI, VII et VIII demeureront en vigueur jusqu'au moment où les Parties en décideraient autrement.

FAIT à....., en double exemplaire, chacun en langues française et russe, les deux versions étant également authentiques.

Pour le Conseil Fédéral:

Pour le Gouvernement de l'Union  
des Républiques Socialistes  
Soviétiques:

Projet

13.3.90

[ECHANGE DE LETTRES CONCERNANT L'APPLICATION DE L'ARTICLE V.3  
DE L'ACCORD ENTRE LE CONSEIL FEDERAL SUISSE ET LE GOUVERNEMENT DE  
L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES POUR LA  
COOPERATION DANS L'UTILISATION PACIFIQUE DE L'ENERGIE NUCLEAIRE]

Lettre no. 1 (Le Ministre .... de l'U.R.S.S. au Chef du  
Département fédéral .... )

Monsieur le Conseiller fédéral,

J'ai l'honneur de me référer au paragraphe 3 de l'Article V de l'Accord entre le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques et le Conseil fédéral suisse pour la coopération dans l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire (ci-après dénommé "l'Accord"), signé aujourd'hui à Moscou, et de proposer ce qui suit:

Des matières nucléaires d'origine suisse, autres que le plutonium, qui ont été transférées sur le territoire de l'Union Soviétique afin d'y être enrichies, converties ou utilisées pour la fabrication d'éléments combustibles, ne devront être soumises aux contrôles, conformément à l'Article V de l'Accord, que dans les cas où elles ne seront pas réexportées dans un délai de douze mois.

Si ce qui précède agréé au Conseil fédéral suisse, j'ai l'honneur de proposer que la présente lettre, ainsi que votre réponse à cet effet, constituent un arrangement entre nos deux gouvernements dans le sens du paragraphe 3 de l'Article V de l'Accord, qui entrera en vigueur à la même date que l'Accord et restera en vigueur aussi longtemps que l'Accord le restera.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de ma haute considération.

\* \* \*



Lettre no. 2 (Le Chef du Département fédéral .... au Ministre  
.... de l'U.R.S.S. )

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du  
....., dont le contenu est le suivant:

"[Lettre no. 1]"

En réponse, j'ai l'honneur de vous informer que ce qui  
précède agréé au Conseil fédéral suisse et de confirmer que votre  
lettre du ..... et la présente réponse constituent un  
arrangement entre nos deux gouvernements dans le sens du para-  
graphe 3 de l'Article V de l'Accord, qui entrera en vigueur à la  
même date que l'Accord et restera en vigueur aussi longtemps que  
l'Accord le restera.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre,  
l'assurance de ma haute considération.





00 Lettre no. 2 (Le Chef du Département fédéral .... au Ministre  
.... de l'U.R.S.S.)

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du  
....., dont le contenu est le suivant:

"[Lettre no. 1]"

En réponse, j'ai l'honneur de vous informer que ce qui  
précède agréé au Conseil fédéral suisse et de confirmer que votre  
lettre du ..... et la présente réponse constituent un arrange-  
ment entre nos deux gouvernements dans le sens du paragraphe 2 de  
l'Article VI de l'Accord, qui entrera en vigueur à la même date  
que l'Accord et restera en vigueur aussi longtemps que l'Accord  
le restera.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre,  
l'assurance de ma haute considération.

Les Parties donnent leur consentement préalable aux  
transferts de matières nucléaires en direction de tous les pays  
de la Communauté Européenne de l'Énergie Atomique, ainsi que  
vers les États-Unis d'Amérique, le Canada, le Japon et la Suède,  
à condition qu'après le transfert, ces matières restent  
soumises aux conditions de l'Accord.

Si ce qui précède agréé au Conseil fédéral suisse, j'ai  
l'honneur de proposer que la présente lettre, ainsi que votre  
réponse à cet effet, constituent un arrangement entre nos deux  
gouvernements dans le sens du paragraphe 2 de l'Article VI de  
l'Accord, qui entrera en vigueur à la même date que l'Accord et  
restera en vigueur aussi longtemps que l'Accord le restera.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral,  
l'assurance de ma haute considération.